

**Auszug aus der Niederschrift  
über die 05. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und  
Gleichstellung am 30.05.2017**

**Zu TOP : 4.1**

**zur Einführung einer / eines Kinderbeauftragten**

**Einreicher. SPD-Fraktion**

**Vorlage: AN 0061/2016**

Frau Dr. Stahlberg gibt einen Rückblick über das bisherige Verfahren zur Einführung eines Kinderbeauftragten in der Hansestadt Stralsund.

Sie gibt die Beratungsergebnisse der CDU/FDP-Fraktion wieder. Weiter äußert sie auch mögliche Alternativen wie den Familienbeauftragten. Durch den neuen Beauftragten könnte das Thema „Kinder und ihre Rechte in Stralsund“ weitreichender behandelt und fokussiert werden.

Frau Dr. Stahlberg ergänzt, dass der Name „Familienbeauftragter“ das Dasein des Kindes innerhalb der Familie unterstreicht und nicht das Kind als Einzelperson, denn Kinder sind nie allein im Alltag, sondern in der Obhut einer Familie.

Frau Tornow, welche Anregungen aus Sicht der SPD-Fraktion gibt, schildert die Situation aus anderen Städten. Als Beispiel nennt sie die Stadt Darmstadt.

Dort gibt es einen Kinderbeauftragten, welcher ebenso in Stralsund eingeführt werden könnte.

Frau Tornow berichtet von einem Telefonat mit diesem Kinderbeauftragten. Er sieht in der Stelle eine wichtige Aufgabe, wobei nicht die Familie, sondern die Rechte der Kinder im Vordergrund stehen. Sie ergänzt, dass es sich bei dem Beispiel aus Darmstadt um eine ehrenamtliche Tätigkeit mit Aufwandsentschädigung handelt.

Der dortige Kinderbeauftragte besitzt ein eigenes Büro, ist jedoch eine neutrale Person, ohne dem Jugendamt zugehörig zu sein. Somit kann er sich, unabhängig von Hierarchien, innerhalb der Verwaltung für Kinder und Familien einsetzen.

Frau Tornow berichtet, dass der Kinderbeauftragte als Verbindungsstelle zwischen Kindern und Politik gesehen werden kann. Sie geht auf alltägliche Beispiele wie Baustellen und deren Nutzen für die Bürger ein. Dort sollte der Fokus mehr auf Kinder und nicht nur auf Erwachsene gelegt werden.

Frau Tornow verdeutlicht, dass auf die Wahrnehmung und Bedürfnisse von Kindern mehr geachtet werden müsste.

Sie merkt an, dass die Stelle als Kinderbeauftragter eine Wichtigkeit für jede Stadt darstellt.

Frau Tornow verteilt eine Kopie zum Arbeitsspektrum des Kinderbeauftragten von Darmstadt.

Aus der Sicht von Frau Dr. Stahlberg sollte die Stelle durch eine Person besetzt werden, welche Lebenserfahrung besitzt, finanziell abgesichert ist und sich im Ruhestand befindet.

Frau Dr. Stahlberg hinterfragt, ob es sich bei dem Beispiel aus Darmstadt um den einzigen Kinderbeauftragten dort handelt. Sie betont, dass Darmstadt eine weitaus größere Stadt als Stralsund sei.

Frau Kindler, welche aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen argumentiert, findet es ebenso lohnenswert, dass man in Stralsund eine solche Stelle in Zukunft besetzen möchte.

Sie möchte darauf aufmerksam machen, dass sich die Hansestadt Stralsund stetig verjüngt. Neben dem Seniorenbeirat, welche sich um die Anliegen der Seniorinnen und Senioren in der Hansestadt Stralsund kümmert, würde ein Kinderbeauftragter angesichts der steigenden Anzahl an fehlenden Kita-Plätzen sehr hilfreich sein.

Frau Kindler verweist auf das Haushaltssicherungskonzept und auf die Schwierigkeit weiterer freiwilliger Aufgaben.

Sie würde die Verwaltung bitten zu prüfen, in wie weit man Räume für ehrenamtliche Tätigkeiten zur Verfügung stellen könnte.

Frau Kindler regt an, die Struktur an Räumlichkeiten in der Hansestadt Stralsund erst zu prüfen, bevor man einen Aufruf für derartige ehrenamtliche Tätigkeiten veranlasst. Dabei geht sie auch auf die Möglichkeit ein, Räumlichkeiten mit Frau Patzelt vom lokalen Bündnis für Familie möglicherweise zu teilen, um damit eine Kooperation zu unterstützen.

Herr Ihlo schildert, dass Kinder überall im Vordergrund stehen sollten.

Dabei geht er auf die kostenfreie Nutzung der Bibliothek und der Sporthallen ein. Herr Ihlo würde gerne erfahren, wie weit der aktuelle Stand zum Thema kinderfreundliches Stralsund ist.

Die Ansätze von Frau Tornow in Verbindung mit dem Zuständigen aus Darmstadt befürwortet er sehr.

Frau Quintana-Schmidt merkt an, dass die Probleme der Kinder vorrangig sein sollten, die nicht alles durch ihre Eltern ermöglicht bekommen.

Sie schließt sich Frau Kindler an und schlägt vor, die Verwaltung zu beauftragen zu prüfen, ob man den Tätigkeitsbereich des Kinderbeauftragten innerhalb der Verwaltung integrieren kann.

Frau Tiede, berichtet, dass der Seniorenbeirat eine Zuwendung für eine Geschäftsstelle von der Stadt bekommt. Diese beträgt rund 3.100€, wobei jährlich 1.800€ für Miete anfallen. Frau Tiede greift das Thema der leerstehenden Räumlichkeiten z. B. im Bauamt auf. Aus ihrer Sicht sollte dort ein Kinderbeauftragter ein Büro und womöglich Unterstützung finden.

Frau Tiede gibt zu bedenken, ob nicht ein Psychologe für die Probleme der Kinder der richtige Ansprechpartner wäre.

Frau Dr. Stahlberg verweist auf das Projekt ‚Rettungsboot‘ von Frau Patzelt vom lokalen Bündnis für Familie. Neben ihrer Funktion als Chancenbeauftragte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf engagiert sie sich für das lokale Bündnis für Familie. Dort gibt es auch Schwierigkeiten bei den Räumlichkeiten und bei den finanziellen Mitteln.

Frau Dr. Stahlberg unterstützt das Gesagte von Frau Kindler und würde ebenso eine finanzielle Unterstützung für das lokale Bündnis für Familie begrüßen.

Frau Kindler betont, dass Stralsund immer jünger wird. Man sollte mehr auf die Belange der Kinder eingehen. Die Problematik mit Kinderspielplätzen könnte laut Ansicht von Frau Kindler in den Zuständigkeitsbereich des Kinderbeauftragten fallen.

Auf die Problematik mit den Räumlichkeiten antwortet Frau Friesenhahn, dass die KISS Räume zur Verfügung stellt. Diese bietet Sprechzeiten und stellt somit einen Ansprechpartner auch in Zeiten, in denen der Kinderbeauftragte nicht im Büro wäre.

Frau Quintana-Schmidt hat Bedenken, ob die Räume der KISS nicht zu klein für die Arbeit des Kinderbeauftragten sein könnten.

Frau Friesenhahn betont, dass die Räumlichkeiten der KISS überschaubarer wären, als die im Bauamt.

Frau Dr. Stahlberg fasst zusammen und stellt einen Prüfauftrag an die Verwaltung.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen:

1. ob Räumlichkeiten geschaffen werden, wobei das lokale Bündnis für Familie mituntergebracht werden könnte.
2. ob es sich um eine haupt- oder ehrenamtliche Tätigkeit handeln wird.

Frau Dr. Stahlberg lässt über den Prüfauftrag abstimmen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen    0 Gegenstimmen    0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Constanze Schütt

Stralsund, 14.06.2017